

Wasser – ein internationaler Konfliktstoff: Von der Konfrontation zur Kooperation

Hinrich Eylers

1 Von der Sorge zur Furcht

Die Diskussion um das Thema Wasser war in den vergangenen Jahrzehnten geprägt von Überlegungen über Bevölkerungswachstum, Bedarf und Bedarfsdeckung, Wasserqualität und Gesundheit sowie Ausbau der Infrastruktur an Wasserversorgung. Sie hat sich ausgedehnt auf das Thema Abwasserbehandlung und schließlich auch auf die Abfallwirtschaft, außerdem auf Forschung und Entwicklung von technischen Lösungen, die unter Kosten- und Betriebsführungsaspekten in Ländern der Dritten Welt einen wirtschaftlichen Einsatz versprechen.

Unser Thema ist dabei nicht der „Krieg mit Wasser“, wie er sich bei den Bombenangriffen auf die deutschen Talsperren im Zweiten Weltkrieg ereignete, deren eigentliches Ziel die Energieerzeugung war. Es hat auch nichts zu tun mit der irakischen Untat am Ende des Golfkrieges mit dem Ziel, durch Einleitung großer Mengen Rohöl in den Golf die Meerwasser-Entsalzungsanlagen der Kuwaitis lahm zu legen ohne Rücksicht auf die nachhaltigen Umweltschäden dieses Angriffes auf das Wasser.

Seit dem Ende des Kalten Krieges mischen sich andere Töne in die Diskussion, die immer häufiger auch in der Presse zum Klingen kommen: Furcht vor „Krieg um Wasser“ zwecks Inbesitznahme und Beherrschung benachbarter Süßwasser-Ressourcen, wozu vor allem die bedrohlichen Entwicklungen in den großen Wassermangelgebieten der Erde, vor allem zwischen den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens beigetragen haben. Dazu einige Zitate:

In der ZEIT vom 4.11.1999 hieß es: „Ums Wasser haben im Nahen Osten schon Armeen gekämpft. Das wahre Motiv für den Beginn des Sechstagekrieges, so der einstige israelische Verteidigungsminister Mosche Dajan, war die Furcht, dass Syrien und Jordanien Israel von den Quellen außerhalb des Landes abschneiden wollten, angestiftet von Ägyptens Präsident Nasser, der damit auf den Bau des israelischen National Water Carrier reagierte. ... Auch Jassir Arafats Fatah-Bewegung hat-

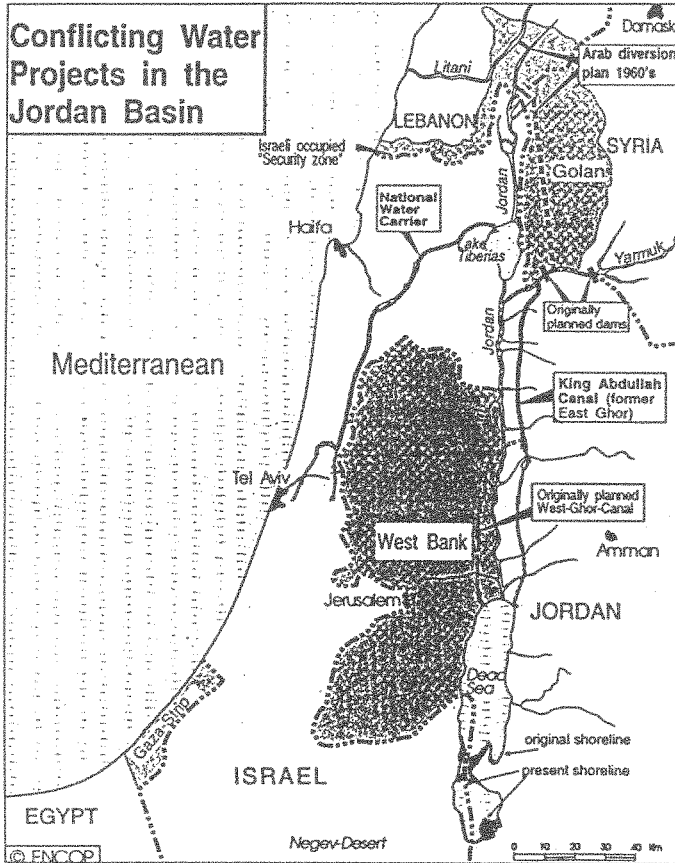


Abb. 1: Wasserprojekte im Jordanbecken (Quelle: LIBISZEWSKI 1998, S. 8)

te jene Wasserleitung als Grund für ihre erste militärische Operation im Januar 1965 angeben“ (Abb. 1).

In dem in der Rhein-Main-Region weit verbreiteten Anzeigenblatt „sunny“ hieß es am 29.11.2000 unter der Überschrift „Wasser oder Eiscreme“: „Kriege der Zukunft kann ein wesentliches Element auslösen: Wasser, befürchten Zukunftsforscher. Deshalb sollte man einmal über die Zahlen nachdenken, die die WHO jetzt veröffentlichte“. Zum Betrag von 23 Mrd. DM pro Jahr, um alle Menschen mit Wasser und Sanitäreanlagen zu versorgen, wird nachfolgend erläutert, „das entspricht etwa dem, was Europäer jährlich für Eiscreme ausgeben, einem Zehntel der

Ausgaben in Europa für Alkohol oder ungefähr der Hälfte dessen, was in den USA Jahr für Jahr für Haustierfutter ausgegeben wird“. Die Leser werden dazu aufgefordert, darüber nachzudenken, „ob die Welt jemals Frieden findet, wenn die Lebensbedingungen auf der Erde weiterhin so unterschiedlich bleiben“.

In der Beilage „Wissenschaft und Technik“ der Frankfurter Rundschau vom 9.1.2001 wird das Thema im Zusammenhang mit der Klimaveränderung angesprochen: „Jene Zonen der Erde, die schon heute unter Süßwassermangel leiden, etwa der Nahe Osten, werden noch mehr Aufwand zur Versorgung von Haushalten, Industrie und Landwirtschaft treiben müssen. Oft genug ist die Gefahr von Kriegen um Wasser an die Wand gemalt worden. Der menschengemachte Treibhauseffekt lässt sie noch wahrscheinlicher werden.“ Hierhin gehört die Randbemerkung, dass nach einer überschlägigen globalen Betrachtung der Wasserverbrauch von Haushalten, Industrie und Landwirtschaft zueinander etwa im Verhältnis 1:2:7 steht – demnach verbraucht die landwirtschaftliche Bewässerung ca. 70 % der Ressourcen.

Sogar in dem Projekt der Frankfurter Rundschau „Zeitung in der Schule“ vom 10.1.2001 taucht das Thema in einer Bürger-Umfrage der Schüler einer niedersächsischen Kleinstadt zum Umgang mit Trinkwasser auf: „Danach fragten sie weiter, was sie denn über das Problem ‚Trinkwasserknappheit‘ wüssten und ob sie schon einmal über einen möglichen Krieg auf Grund der Wasserknappheit nachgedacht hätten. Die Antworten waren hier sehr einseitig. Die meisten waren sich zwar dessen bewusst, dass dies in der Zukunft ein Problem sein könnte, aber an einen Krieg hatte noch niemand gedacht.“

Von ähnlichen Zitaten gibt es viele auf unterschiedlichen Ebenen. Gemeinsam ist allen das Konfrontations-Szenario, nämlich das einer wahrscheinlich gewaltsamen Auseinandersetzung um eine lebenswichtige Ressource. Dahin gehört auch die oft geschriebene und zitierte Bemerkung, Kriege der Zukunft würden wohl eher um Wasser als um Öl geführt werden. Man betrachtet besorgt den Konflikt und überlegt, was man tun kann, um ihn zu entschärfen. Ein Weg ist sicher, ihn mehr denn je zuvor ins Bewusstsein zu rücken. Der „Materialienband 99“ des BMZ, in dessen Vorwort die Ministerin Wieczorek-Zeul die „Vorbeugung von Konflikten“ als eine der Prioritäten von Entwicklungszusammenarbeit benennt, heißt denn auch: „Wasser – Konflikte lösen, Zukunft gestalten“. Diese umfassende Materialsammlung bündelt und dokumentiert aus deutscher Sicht alle wesentlichen Aspekte und Ergebnisse der internationalen Wasserdiskussion. Das Thema grenzüberschreitende Kooperation und deren Risiken wird darin ausführlich abgehandelt.

2 Die Dimensionen des Konflikts um Wasser

Die Zahlen der nationalen, regionalen und internationalen Wasserbilanzen – unterteilt nach Quellen und Nutzungsformen – sind vielfach veröffentlicht worden. Hier soll es mehr um den qualitativen Aspekt gehen.

Seit Beginn einer wirklich engagierten internationalen Diskussion um die Ressource Wasser, deren Beginn ich auf die erste World Water Conference 1977 in Mar del Plata in Argentinien – angeregt durch Habitat 1976 – datiere, sind die Grundaussagen im Wesentlichen dieselben geblieben: ungerechte Verteilung, Vergeudung, rücksichtsloser Umgang mit der Qualität, unwirtschaftlicher Umgang mit einer ökonomisch wichtigen und außerdem noch unersetzlichen Ressource, unzureichende technische Lösungen für Umsetzungen in ländlichen und dörflichen Regionen, eine sich immer weiter öffnende Schere zwischen Bevölkerungsentwicklung (d. h. Bedarf) und tatsächlicher Ver- und Entsorgung sowie mangelnde, aber dringend notwendige überregionale und internationale Zusammenarbeit bei Formulierung und Umsetzung einer nachhaltigen „Water Policy“.

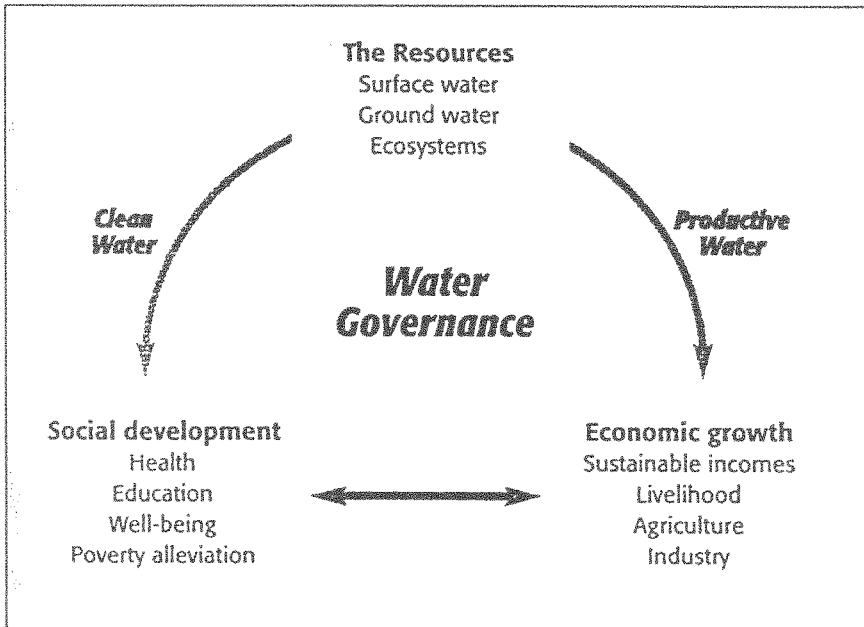


Abb. 2: Die Verwaltung der Ressource „Wasser“ (Quelle: GWP 2000, S. 23)

Dabei geht es um ganz verschiedene Aspekte, die zusammen einen bekannt schwierigen Komplex dessen bilden, was jeweils in unterschiedlichen Zusammenhängen zu betrachten ist. Da ist z.B. die Verteilung – gemeint: die planmäßige „Verwaltung“ – der Ressource Wasser (Abb. 2) für die wichtigsten Nutzungsarten Trinkwasser bzw. Produktion. Schon an diesem Bild wird sehr deutlich, was eine immer wieder gestellte Forderung bedeutet, die jetzt fester Bestandteil des „Framework for Action“ (FFA) geworden ist, nämlich die nach „Integrated Water Resources Management“ (IWRM) für die Handlungsnotwendigkeiten einer Regierung sowie von Regierungen *miteinander*, und was an Interaktion dahinter steckt.

Die Interessengebiete lassen sich auch anders benennen, überschneiden sich aber sogleich wieder mit anderen Herangehensweisen: Die Konfliktdimensionen werden als notwendige Balance dargestellt zwischen

- *Wohlfahrt* – soziale und wirtschaftliche Entwicklung sind *ohne* Wasser, als Grundelement der Deckung von Grundbedürfnissen, nicht denkbar,
- *Herrschaft* – Wasser als Instrument der lokalen, regionalen oder grenzüberschreitenden Macht, mit Ansprüchen der nationalen oder regionalen Souveränität, mit strategischer Ausrichtung von Handlungsspielräumen, die langfristig gesichert werden sollen, mit dem überall extrem schwierigen Umgang mit alten, ererbten, erkämpften Wasserrechten und ihrer traditionellen Resistenz gegen Veränderungen zum Nutzen der Allgemeinheit und
- *Sicherheit*, wenn es um die Wahrung territorialer Integrität geht und um den Schutz vor Verwundbarkeit in Bezug auf Zugang und Verfügbarkeit zum Wasser und dessen Kontrolle.

Das Zitat eingangs aus der ZEIT beschreibt einen solchen Konflikt. Dass die deutsche Erfahrung mit der Zerstörungen von Talsperren im Zweiten Weltkrieg nicht in diese Kategorie gehört, wurde am Anfang schon angedeutet, weil hier ja nicht die Versorgungssicherheit mit Trinkwasser bzw. deren Gefährdung eine Rolle spielte, sondern im wesentlichen ein anderes Kalkül dahinter stand. Wir treffen das wieder bei der damaligen ägyptischen Forderung, den Nasser-Staudamm (Sadad el-Ali) standfest selbst gegen Atombombenangriffe zu machen. Das hat seinerzeit in ganz anderen Maßstäben und als echtes Katastrophen-Szenario die Planer bei der Entwurfsaufstellung intensiv beschäftigt. Dabei sind wir sogleich bei einem anderen weltweit bekannten Beispiel für eine Region mit Wasser-Krisenpotential und bei der Frage, ob sich der Nasser-Damm unter veränderten Macht- und Entscheidungs-verhältnissen zwischen den Nilanliegern heute wiederholen ließe.

Tab. 1: Wasserentnahmen am erneuerbaren Dargebot für ausgewählte Länder

Region	Land	Wasserentnahmen am erneuerbaren Dargebot in %
Nordafrika	Ägypten	97
	Libyen	374
	Tunesien	53
Karibik	Barbados	51
Südasien	Afghanistan	52
Nahe Osten	Israel	88
	Nord-Jemen	147
	Süd-Jemen	129
	Katar	174
	Saudi-Arabien	106
	VAE	140
	Zypern	60
Südeuropa	Malta	92

Quelle: World Resources Institute 1990

In Abb. 3 des Beitrags von EHLERS im vorliegenden Band sind die Wassermangelgebiete der Erde erkennbar (S. 17). Das Potential für die Krisengefährdung liegt offensichtlich im Umgang mit den im Einzelfall extrem begrenzten Ressourcen und der Verlockung (Stichwort: Wasserpolitik der Türkei), sich in der Region zusätzliche Quellen zu erschließen oder Andere (tatsächlich oder vermeintlich) weniger teilhaben zu lassen, wobei „Region“ unterschiedliche Arten von Flächendeckung meint. Eine statistische Übersicht des Jahres 1990, die sich seitdem deutlich weiterentwickelt („verschlechtert“) hat in Richtung Übernutzung, gibt Auskunft über das Verhältnis zwischen erneuerbarem Dargebot und tatsächlichen Entnahmen (Tab. 1). Auch hier erweist sich der Nahe Osten als die Region, der ohne sehr intensive Gegenaktionen und internationale Begleitung das Wasser zum Löschen des Feuers fehlen wird.

3 Internationale Anstrengungen zu Konfliktbewältigung und Ausgleich

Schon die Konferenz von Mar del Plata hat im Plan of Action (1977), aus dem als greifbarstes Teilergebnis die Internationale Trinkwasserdekade (International Drinking Water Supply and Sanitation Decade, IDWSSD) 1981-1990 entstand, der über-regionalen Zusammenarbeit in Flussregionen und Wassereinzugsgebieten einen hohen Aufmerksamkeitswert eingeräumt. Die Schlussdeklaration enthält einen Passus

über grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit einer Zielsetzung, die heute „IWRM“ (Integrated Water Resources Management) heißt. Beispiele gab es, die auch vorgestellt wurden, so die Rheinkommission, der Indusplan, das Interim Mekong Committee. Bezeichnenderweise war es aber unter den seinerzeit herrschenden internationalen Machtverteilungsstrukturen weniger das grenzüberschreitende Wassermanagement, das auf die Prioritätenliste kam, sondern es ging um den Kampf gegen Unter- und Fehlversorgung, die Deckung der Grundbedürfnisse der Milliardenbevölkerungen in den Entwicklungsländern und auch schon um Seitenblicke auf den Umwelt- und Ressourcenschutz.

Das eigentliche Marketingkonzept der Dekade, in der die Bundesregierung eine herausragende Rolle gespielt hat, bestand aber aus Regionalkonferenzen, in denen es um technische Lösungen, um Standards, um Betriebslösungen, um Bevölkerungsbeteiligung an den politischen Entscheidungen und immer wieder um Training, Aus- und Fortbildung ging. Das Thema der vorliegenden Publikation spielte damals allenfalls eine lokal begrenzte Rolle. Die Dekade erwies sich übrigens als ein Lehrstück über Bedeutung und Effizienz der operativen Beteiligung von Frauengruppen. Die Zielsetzung war allerdings um Größenordnungen zu ehrgeizig geraten: Versorgung aller Bevölkerungen in den Entwicklungsländern mit ausreichendem Trinkwasser bis 1990 mit jährlichen Investitionsbudget-Schätzungen, die offensichtlich unrealistisch waren. Es wird sich im Folgenden noch zeigen, wie viel bescheidener die Ziele in der „Global Water Partnership“ (GWP) geworden sind.

Als Folge-Initiative der Dekade entstand, gleichzeitig mit der Vorbereitung und der Veranstaltung der Konferenz von Rio (1992), das eher informell agierende Water Supply and Sanitation Collaborative Council (WSSCC), an dessen Fortbestand vor allem die Entwicklungsländer massives Interesse hatten. Für alles, was von nun an geschah und in Aktionsplänen formuliert und umgesetzt wurde, wurde Vorgabe, Maßstab und Messlatte die Agenda 21, insbesondere Kapitel 18. Darin behandelt der Abschnitt 4 die grenzüberschreitende Wasserwirtschaft und die Verpflichtung von Anrainerstaaten zu konstruktiver Zusammenarbeit.

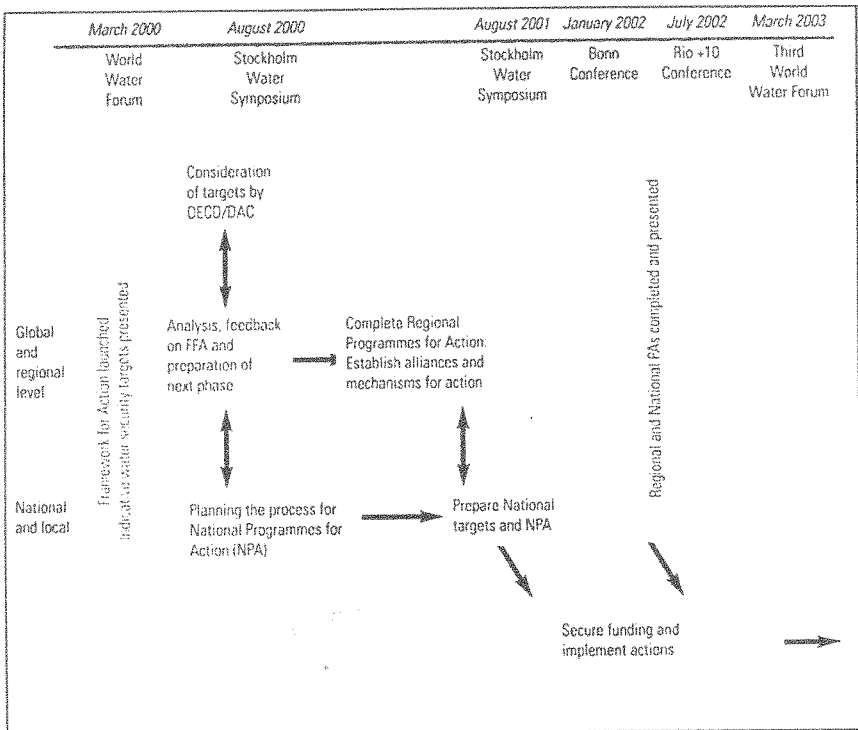


Abb. 3: Terminplan zur Vorbereitung der Nationalen Aktionsprogramme
(Quelle: GWS 2000, S. 91)

Die Serie internationaler Konferenzen, die seit 1992 und vor allem ab 1998 in auffälliger Dichte stattfanden (siehe Anhang), hebt die Wichtigkeit grenzüberschreitenden Wassermanagements als unverzichtbares Element der Krisen- und Konfliktvorsorge immer deutlicher hervor. Die Global Water Partnership (GWP) bereite auf Anregung der World Water Commission das in The Hague im März 2000 verabschiedete „Framework for Action (FFA)“ vor, dokumentiert in der GWP-Broschüre „Towards Water Security: A Framework for Action“. Der Report ist voller Anregungen und Hinweise auf intranationale Zusammenarbeit in der Vorbereitung der notwendigen Nationalen Aktionsprogramme (Abb. 3) und gibt eine Zielprojektion für die Planungsdaten, die bereits im Zusammenhang mit den Lehren aus der Dekade erwähnt wurden (Abb. 4).

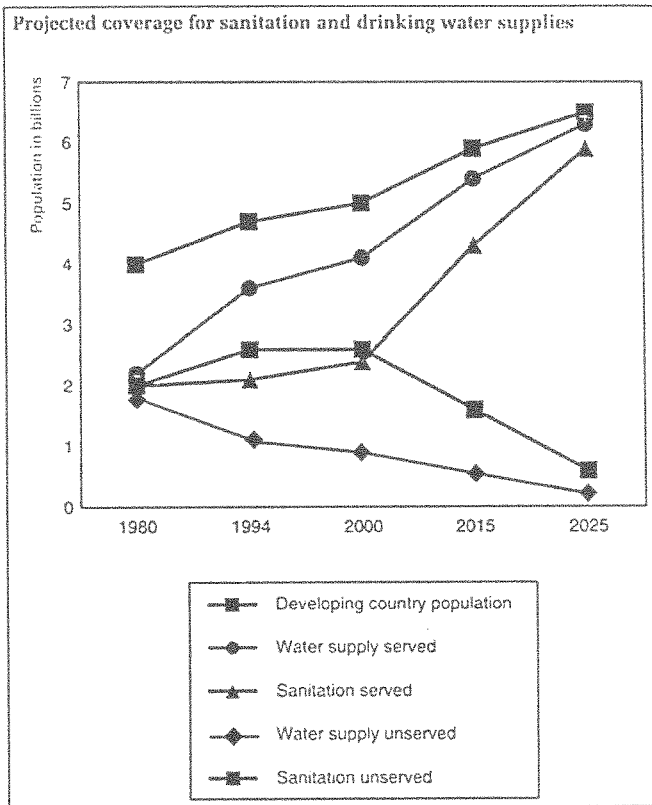


Abb. 4: Planungsziele 2015 für die Siedlungswasserwirtschaft

In diesem Dokument werden die Erwartungen an ein Integrated Water Resources Management in allen Einzelheiten formuliert, und die umzusetzenden Maßnahmen betreffen stets in erster Linie die Strukturen in Entwicklungsländern, die Strukturen zwischen Ländern, die Flussanlieger oder Nutzer gemeinsamer Aquifere sind, und die Stärkung von Institutionen, die aus der Akzeptanz eingeschränkter (nationaler) Souveränität über zu teilende Ressourcen entstehen. Als „Regelwerk“ richtet sich die Hoffnung auf Vorgehensweisen, die sich an der im Entstehen begriffenen „United Nations Convention on Non-Navigable Uses of International Watercourses“ orientieren.

Als Positivbeispiele einer Länderkooperation in diesem Minenfeld des grenzüberschreitenden Fluß- und Wassermanagements werden die multinationalen Initiativen am Mekong, im Jordan-Becken, im Nil-Becken, an den internationalen Strömen Südafrikas (SADC), am Senegal (OMVS) und am Ganges erwähnt. Als prominentes und ermutigendes Ergebnis wird das „SADC-Protocol on Shared Water Resources“ genannt. Derzeit bereitet SADC in Zusammenarbeit mit der GTZ die Gründung von zwei weiteren Flussgebiets-Kommissionen vor, nämlich für die Einzugsgebiete des Limpopo und des Oranje.

Die Empfehlungen des FFA lassen sich als *Schlüsselfaktoren* zwischenstaatlicher Wasserbewirtschaftung – nichts anderes ist IWRM – zusammenfassen:

- Gemeinsame Vision
- Vertrauensbildende Maßnahmen
- Politischer Wille
- Öffentliche Unterstützung
- Internationales Engagement
- Integrierter Ansatz
- Gemeinsame Institutionen
- Gesetzgeberisches Netzwerk
- Einführung von „Wasser-Botschaftern“
- Transparenz im Entscheidungsprozess

Dabei umfasst der *institutionelle Rahmen* des regionalen Wassermanagements die folgenden Punkte:

- Vertrauensbildende Maßnahmen
- Stärkung von Gesetzgebung und Rechtsinstrumenten
- Reform der Wasserrechte
- Stärkung der Kompetenz von Politik
- Verpflichtung auf Regeln und Regelwerke
- Anwendung ökonomischer Instrumente und Kriterien
- Public Private Partnerships (PPP)
- Forschung, Entwicklung und Anwendung
- Austausch von Wissen und Informationen
- „Twinning“ von Flussgebiets-Organisationen
- Beteiligung der Bevölkerungen („public awareness“)

Diese Aufzählung zeigt sowohl die Vielfalt von Lösungsmöglichkeiten sowie von Erwartungen und Ansprüchen, aber auch die Ernsthaftigkeit, mit der die jeweiligen Delegationen versuchten, mit dem heißen Thema Wasser umzugehen. Dabei

könnte, darauf weist das BMZ hin, eine Einigung auf den Begriff des „gerechten Anteils“ helfen, der durch die „Helsinki Rules der International Law Association“ (ILA) von 1966 eingeführt und in das Völkerrecht übernommen wurde, das sonst keine verpflichtenden Regelungen für Anliegerstaaten internationaler Flussgebiete kennt. Daraus leitet sich auch der institutionelle Rahmen für das regionale und lokale Management ab. Es ist offensichtlich, dass durch die (freiwillige) Einbindung von Staaten in internationale Kommissionen und Flussgebiets-Kommissionen Rahmenbedingungen entstehen, die konfliktverhindernd, zumindest -behindernd sind und vertrauensbildende Situationen schaffen.

4 Leistungen der Bundesrepublik Deutschland

Die gegenwärtige Bundesregierung hat dem Wassersektor gerade unter dem von ihr stark betonten Aspekt der friedensunterstützenden, konfliktmindernden Wirkung von partnerschaftlicher Entwicklungspolitik wiederum einen hohen Stellenwert eingeräumt. Zwar sind die Restriktionen des Bundeshaushalts auch hier unübersehbar, aber gerade in Krisenregionen wie dem Nahen Osten ist es bisher gelungen, die Priorität des Wassersektors annähernd zu halten. Während der Internationalen Wasserdekade (1981-1990) war Deutschland ein maßgeblicher und wohl der einflussreichste sowie vom Budget her engagierteste bilaterale Partner des „Programmführers“ UNDP/Weltbank.

Unter den wichtigsten bilateralen Gebern – nicht gerechnet der hohe deutsche Anteil an Finanzierungen durch die Europäische Kommission – steht Deutschland an zweiter Stelle hinter Japan (Tab. 2). Ein Blick auf die verschiedenen Förderbereiche innerhalb der Sektoren der Siedlungswasserwirtschaft (Tab. 3) scheint wegen der hohen FZ-Anteile am Ver- und Entsorgungsbereich immer noch eine eher traditionell ausgerichtete und dem hohen Bedarf der wachsenden Bevölkerungen folgende Policy des Ausbaus der physischen Infrastruktur zu beweisen. Die neueren Zahlen lassen zwar erkennen, dass die Anforderungen an Unterstützung von Maßnahmen der Wasserpolitik, die neuerdings verstärkt gefördert werden, sich auch in Haushaltsentscheidungen umsetzen, aber auch, dass in vielen Fällen – gerade am Beispiel Naher Osten lässt sich das zeigen – das erfolgreiche Ineinandergreifen der FZ- und TZ-Fördermaßnahmen aus den reinen Zahlen nicht hinreichend erkennbar wird. Dazu kommt die hier nicht erfasste, sich zunehmend verbessernde Zusammenarbeit mit z. B. dem DED und den Stiftungen (bei der NGO-Förderung) in diesem Sektor.

Tab. 2: ODA (Official Development Assistance) der wichtigsten Geberländer in der Siedlungswasserwirtschaft ohne landwirtschaftliche Bewässerung, 1992-1997

Land	ODA in Mio. US-\$				
	1992	1994	1996	1997	Summe
Japan	668	1432	1804	1527	5431
Deutschland	323	470	403	443	1639
Frankreich	85	247	355	184	871
USA	407	79	97	129	712
Niederlande	57	64	93	84	298
Dänemark	60	21	166	80	327
Italien	179	24	42	49	294
Großbritannien	53	51	47	42	193
OECD	2124	2726	3262	2661	10773

Quelle: OECD/DAC 1999)

Ein Prototyp eines konkreten überregionalen Projekts von IWRM mit der Zielsetzung „Konfliktprävention“ ist die vom BMZ finanzierte, durch die GTZ begleitete Nahost-Wasserstudie. Ihre Ergebnisse wurden nach einem schwierigen, zeitraubenden, aber in seinem Ablauf und seinen Gestaltungsmöglichkeiten beispielhaften Prozeß im März 1998 im „Internationalen Dialogforum zu globaler Wasserpolitik“ (Petersberger Erklärung) vorgestellt und damit offiziell verabschiedet. Die GTZ hatte bereits seit 1990 mit Schwerpunkt Siedlungswasserwirtschaft im BMZ-Auftrag damit begonnen, in den israelisch besetzten Gebieten durch TZ mit den palästinensischen Partnern – nämlich den Städten – Projektarbeit zu leisten, die dann ab 1994 durch FZ erheblich verstärkt wurde, als es zunächst mit PECDAR, dann in der PNA einen staatlichen Partner gab.

Tab. 3: Bilaterale deutsche Zusagen für Siedlungswasserwirtschaft nach Förderbereichen (ohne landwirtschaftliche Bewässerung), Angaben in Mio. DM

Förderbereiche	1997	1998	(%)
Wasserressourcenpolitik und -verwaltung	36,0	41,7	(5,2)
Wasserressourcenschutz	2,7	4,9	(0,5)
Wasserversorgung, Abwasserentsorgung	713,8	649,1	(91,0)
Abfallwirtschaft und -entsorgung	27,2	22,0	(3,3)
Summe	779,7	717,7	(100,0)

Quelle: BMZ 1999

Durch die Art und Weise, wie die GTZ vor allem in den Jahren „vor Oslo“ mit der sehr problematischen Komplexität einer TZ in den „Israelisch besetzten Gebieten“ (IBG) umging, hatte die GTZ sich offenbar Vertrauen für die schwierige Aufgabe erworben, im Auftrag der „Multilateral Working Group on Water Resources in Middle East“ unter Beteiligung des Department of State und mit Finanzierung des BMZ diese regionale Wasserstudie mit Teams aus Israel, Jordanien und Palästina zu organisieren.

Mit diesem Beitrag wird versucht, einen Überblick zu geben zum Thema „Wasser als internationales und regionales Konfliktpotential“ und insbesondere über die deutschen Anstrengungen und Beiträge zu einer weltweit immer deutlicher artikulierten Diskussion über Konfliktprävention und Friedenspolitik, die in direktem Zusammenhang mit unserer wichtigsten Ressource steht, mit dem Wasser als Faktor von globalem Interesse und als gemeinsames Gut der Völkergemeinschaft.

Die Programme und Themen anderer aktueller Wasser-Kongresse, von denen wiederum einige in der Bundesrepublik stattfanden, griffen fast ausnahmslos diese Themen – „Transboundary Waters: Sharing Benefits, Lessons Learned“ (ICFW 2001 in Bonn) oder „Grenzüberschreitendes Flussgebiets-Management“ (2001 in Koblenz) – pointiert auf. Das zeigt, mit welchem Konfliktbewusstsein zwischen den Staaten und ihren nationalen Institutionen an kooperativen Lösungen gearbeitet wird und welche Bedeutung dieses Thema auch auf der multinationalen bzw. internationalen Bühne gewonnen hat. Es geht im wahrsten Sinne des Worts um eine Überlebensfrage.

Literatur

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (1999): Materialien 099, Wasser – Konflikte lösen, Zukunft gestalten. – Bonn.
- DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT (GTZ) GmbH (1997, 1999): Middle East Regional Study on Water Supply and Demand Development. – Eschborn.
- GLOBAL WATER PARTNERSHIP (GWP) (2000): Towards Water Security: A Framework for Action – Stockholm.
- World Resources Institute (1990): World Resources 1990-91. – New York, Oxford.

Übersicht der für das Thema Wasser wichtigen Konferenzen der letzten Dekaden

- Mar del Plata/Argentinien 1977: 1. World Water Conference, Beschluss zur Internationalen Trinkwasserversorgungs- und Sanitärdekade der UN 1981 bis 1990
- Dublin/Irland 1992: International Conference on Water and the Environment, The Dublin Statement on Water and Sustainable Development
- Rio de Janeiro/Brasilien 1992: 1st UN Conference on Environment and Development; Agenda 21, Kapitel 18
- Noordwijk/Niederlande 1994: Ministerial Conference on Drinking Water and Environmental Sanitation for the 1990s
- Cairo/Ägypten: International Conference on Population and Development
- Bridgetown/Barbados: Global Conference on the Sustainable Development of Small Island Developing States
- Kopenhagen/Dänemark 1995: World Summit for Social Development
- Beijing/China: 4th World Conference on Women
- Washington/USA: Intergovernmental Conference to Adopt a Global Programme of Action for the Protection of the Marine Environment from Land-Based Activities
- Istanbul/Türkei 1996: 2nd UN Conference on Human Settlements (Habitat 2)
- Rom/Italien 1996: World Food Summit
- New York/USA: 19th Special Session of the UN General Assembly
- Harare/Zimbabwe 1998: United Nations Expert Group Meeting on Strategic Approaches to Freshwater Management (Januar)
- Bonn 1998: Internationales Dialogforum zu globaler Wasserpolitik „1. Petersberger Gespräch“, Kooperationen für grenzüberschreitendes Gewässer, Petersberger Erklärung
- Paris/Frankreich 1998: International Conference on Water and Sustainable Development (März)
- New York/USA 1998: 6. Sitzung der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD 6): „Strategic Approaches to Freshwater Management“ (April)
- Berlin 1998: International Round Table „Transboundary Water Management- Experience of International River- and Lake Commissions“ (September)
- Den Haag/Niederlande 2000: 2nd World Water Forum (März)
- Stockholm/Schweden 2000: Water Symposium (GWP)
- Bonn 2001: 2. Petersberger Gespräch "Transboundary Water Management" (März)
- Stockholm/Schweden 2001: Water Symposium (GWP)
- Bonn 2001 und 2002: International Conference on Freshwater
- Rio de Janeiro /Brasilien 2002: 2nd UN Conference on Environment and Development, „Rio + 10“